

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Hans Pitlik

Wirtschaftswachstum weiterhin verhalten, Arbeitslosigkeit bleibt hoch

Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2019

Wirtschaftswachstum weiterhin verhalten, Arbeitslosigkeit bleibt hoch. Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2019

Nach dem neuerlichen Abschwung 2014 expandiert die heimische Wirtschaft mittelfristig sehr mäßig (2015/2019 +1,3% p. a.). Insbesondere wachsen der Konsum und die Investitionen verhalten; der Außenbeitrag zum Wirtschaftswachstum entwickelt sich schwach. Die leichte Expansion ermöglicht zwar eine Ausweitung der Beschäftigung (2015/2019 +0,8% p. a.), diese reicht aber nicht aus, um einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern, da das Arbeitskräfteangebot aus dem Inland wie dem Ausland etwas stärker zunimmt. Die Arbeitslosenquote dürfte 2017/18 einen Höchstwert von 9,4% (gemäß AMS-Definition) erreichen und bis zum Ende des Prognosezeitraumes nur leicht zurückgehen. Der Inflationsdruck bleibt mittelfristig gering, die Inflationsrate wird durchschnittlich 1,6% betragen. Ein ausgeglichener Staatshaushalt (sowohl strukturell als auch nach Maastricht-Definition) wird aufgrund des prognostizierten Konjunkturverlaufes und der angenommenen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen erst zum Ende des Prognosezeitraumes nicht erzielt.

Economic Growth Remaining Subdued, with High Unemployment Persisting. Medium-term Forecast for the Austrian Economy Until 2019

Following a cyclical downturn in 2014, the Austrian economy is set to grow at a moderate pace of 1.3 percent p.a. over the period from 2015 to 2019. Private consumption and investment will experience a sluggish growth, while the external contribution to GDP growth will remain modest. The gradual expansion of output will allow employment to rise by an average 0.8 percent p.a. This, however, will not prevent unemployment from rising further, as growth of labour supply – both domestic and from abroad – will outnumber the creation of new jobs. The unemployment rate (national definition) is expected to peak at 9.4 percent in 2017-18, before edging down by the end of the forecast horizon. Inflationary pressure is expected to stay subdued, with headline inflation averaging at 1.6 percent. Given the expected cyclical profile and the underlying assumptions on the policy framework, a balanced general government budget (in structural as well as in nominal terms) will not be reached within the forecast period.

Kontakt:

Mag. Dr. Josef Baumgartner: WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Josef.Baumgartner@wifo.ac.at

Priv.-Doz. Mag. Dr. Serguei Kaniovski: WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Serguei.Kaniovski@wifo.ac.at

apl. Prof. Dr. Hans Pitlik: WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Hans.Pitlik@wifo.ac.at

JEL-Codes: E32, E37, E66 • **Keywords:** Mittelfristige Prognose, Öffentliche Haushalte, Österreich

Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <http://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>

Begutachtung: Karl Aiginger, Marcus Scheiblecker, Thomas Url • **Wissenschaftliche Assistenz:** Christine Kaufmann (Christine.Kaufmann@wifo.ac.at)

1. Österreich büßt Wachstumsvorsprung gegenüber dem Euro-Raum ein

In den 15 Jahren seit der Schaffung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wuchs das reale BIP in Österreich rascher als im Durchschnitt des Euro-Raumes (+½ Prozentpunkt; Breuss, 2013), und auch die Rezession 2009 bewältigte die österreichische Wirtschaft besser.

In den Jahren 2014 bis 2016 expandiert die österreichische Wirtschaft im Vergleich zu den anderen Ländern des Euro-Raumes aber deutlich unterdurchschnittlich (Glocker, 2015). Erst 2017 wird die Wachstumsrate Deutschlands und des Euro-Raumes wieder erreicht. Im gesamten Prognosezeitraum dürfte das durchschnittliche jährliche Wachstum in Österreich mit 1¼% ähnlich hoch ausfallen wie in Deutschland und im Euro-Raum insgesamt.

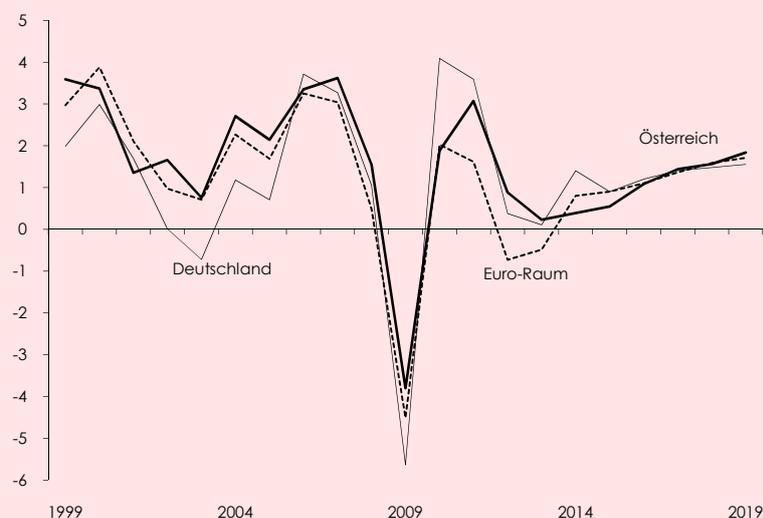
Übersicht 1: Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich

	Ø 2004/ 2009	Ø 2009/ 2014	Ø 2014/ 2019	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Jährliche Veränderung in %									
Bruttoinlandsprodukt									
Real	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,8
Nominell	+ 3,5	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,9	+ 3,0	+ 3,3
Verbraucherpreise	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,8
Lohn- und Gehaltssumme pro Kopf, real ¹⁾	+ 0,7	- 0,5	+ 0,1	- 0,1	± 0,0	± 0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ²⁾	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,4
Unselbständig aktiv Beschäftigte ³⁾	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,2
	Ø 2005/ 2009	Ø 2010/ 2014	Ø 2015/ 2019	2014	2015	2016	2017	2018	2019
In %									
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ⁴⁾	4,6	4,6	5,3	5,0	5,3	5,3	5,4	5,4	5,2
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁵⁾	6,7	7,3	9,2	8,4	8,9	9,3	9,4	9,4	9,2
In % des BIP									
Außenbeitrag	3,6	3,1	3,4	3,7	3,6	3,4	3,4	3,4	3,4
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 2,6	- 2,8	- 1,5	- 3,0	- 2,4	- 1,9	- 1,5	- 1,1	- 0,5
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo	- 2,7	- 2,4	- 1,1	- 2,4	- 1,7	- 1,2	- 1,1	- 0,8	- 0,5
Struktureller Budgetsaldo	-	- 1,9	- 0,9	- 1,2	- 1,4	- 1,1	- 1,0	- 0,7	- 0,5
Staatsschuld	69,7	82,9	84,2	86,9	87,1	86,2	84,8	82,7	80,0
In % des verfügbaren Einkommens									
Sparquote der privaten Haushalte	11,5	8,1	7,6	7,1	7,1	7,4	7,6	7,8	8,0
	Ø 2004/ 2009	Ø 2009/ 2014	Ø 2014/ 2019	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Jährliche Veränderung in %									
Trend-Output, real	+ 1,8	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,3
	Ø 2005/ 2009	Ø 2010/ 2014	Ø 2015/ 2019	2014	2015	2016	2017	2018	2019
In % des Trend-Outputs									
Outputlücke, real	+ 0,1	- 0,6	- 0,7	- 1,0	- 1,3	- 1,2	- 0,8	- 0,4	+ 0,1

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge, je Beschäftigungsverhältnis laut VGR, deflationiert mit dem VPI. – ²⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ³⁾ Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenziener. – ⁴⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ⁵⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice.

Abbildung 1: Wirtschaftswachstum

Reales BIP, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Übersicht 2: Internationale Rahmenbedingungen

	Ø 2004/2009	Ø 2009/2014	Ø 2014/2019
	Jährliche Veränderung in %		
Bruttoinlandsprodukt, real, Euro-Raum	+ 0,7	+ 0,6	+ 1,3
	Ø 2005/2009	Ø 2010/2014	Ø 2015/2019
Wechselkurs	1,35	\$ je €	1,20
		\$ je Barrel	
Erdölpreis, Brent	70,1	102,2	93,0

Q: EU, WIFO-Berechnungen.

2. Exporte entwickeln sich verhalten

Die vorliegende mittelfristige Prognose für die österreichische Wirtschaft baut bis zum Jahr 2016 auf der kurzfristigen Prognose des WIFO vom Dezember 2014 auf (Glocker, 2015) und wird erstmals auf Basis des neuen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 2010) erstellt. Die Berechnungen erfolgten mit dem makroökonomischen Modell des WIFO und basieren auf den Annahmen zur internationalen Konjunktur von Schiman (2015)¹⁾.

In den Jahren 2015 und 2016 gewinnt die Konjunktur außerhalb des Euro-Raumes wieder an Schwung. Über den gesamten Prognosehorizont von 2015 bis 2019 dürfte das Wachstum in den USA knapp 3% p. a. erreichen. Im Euro-Raum wird es nicht zuletzt aufgrund der anhaltend restriktiven Fiskalpolitik im Regime der geltenden Fiskalregeln lediglich durchschnittlich 1¼% pro Jahr betragen.

Erst gegen Ende des Prognosezeitraumes dürften die kurzfristigen Zinssätze im Euro-Raum etwas anziehen. Somit bleiben zwar die Finanzierungsbedingungen günstig, die niedrigen Absatzerwartungen, die weiterhin relativ hohe Verschuldung des privaten Sektors und die Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt dämpfen jedoch weiterhin die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in den für die österreichischen Exporte wichtigen Ländern (rund die Hälfte der österreichischen Exporte geht in den Euro-Raum).

Die Rohölpreise ziehen, so die Annahme, von knapp 100 \$ je Barrel im Jahr 2014 (Dezember 62,5 \$, 2015: 75 \$) auf 105 \$ im Jahr 2019 an. Zudem nimmt die Prognose eine Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar von 1,33 \$ im Jahresdurchschnitt 2014 (Dezember 1,23 \$) bis 2019 auf 1,18 \$ vor.

Wegen der engen internationalen Verflechtung, vor allem mit dem Euro-Raum und den Nachbarländern, wird die Konjunktur in Österreich maßgeblich von der internationalen Entwicklung bestimmt. Das WIFO erwartet für Europa auch weiterhin eine gedämpfte Entwicklung. Dementsprechend werden die realen Exporte in den Jahren 2015 bis 2019 voraussichtlich um nur 3,2% pro Jahr ausgeweitet, um 1,2 Prozentpunkte schwächer als in der vorangegangenen Fünfjahresperiode, die anfangs von einem konjunkturellen Rückschwung nach der Rezession geprägt war. Die österreichische Exportwirtschaft wird daher ihre internationale Marktposition voraussichtlich nicht halten können. Da die realen Importe eine ähnliche Dynamik zeigen, wird der Außenhandel weiterhin einen positiven Beitrag zum Wirtschaftswachstum leisten.

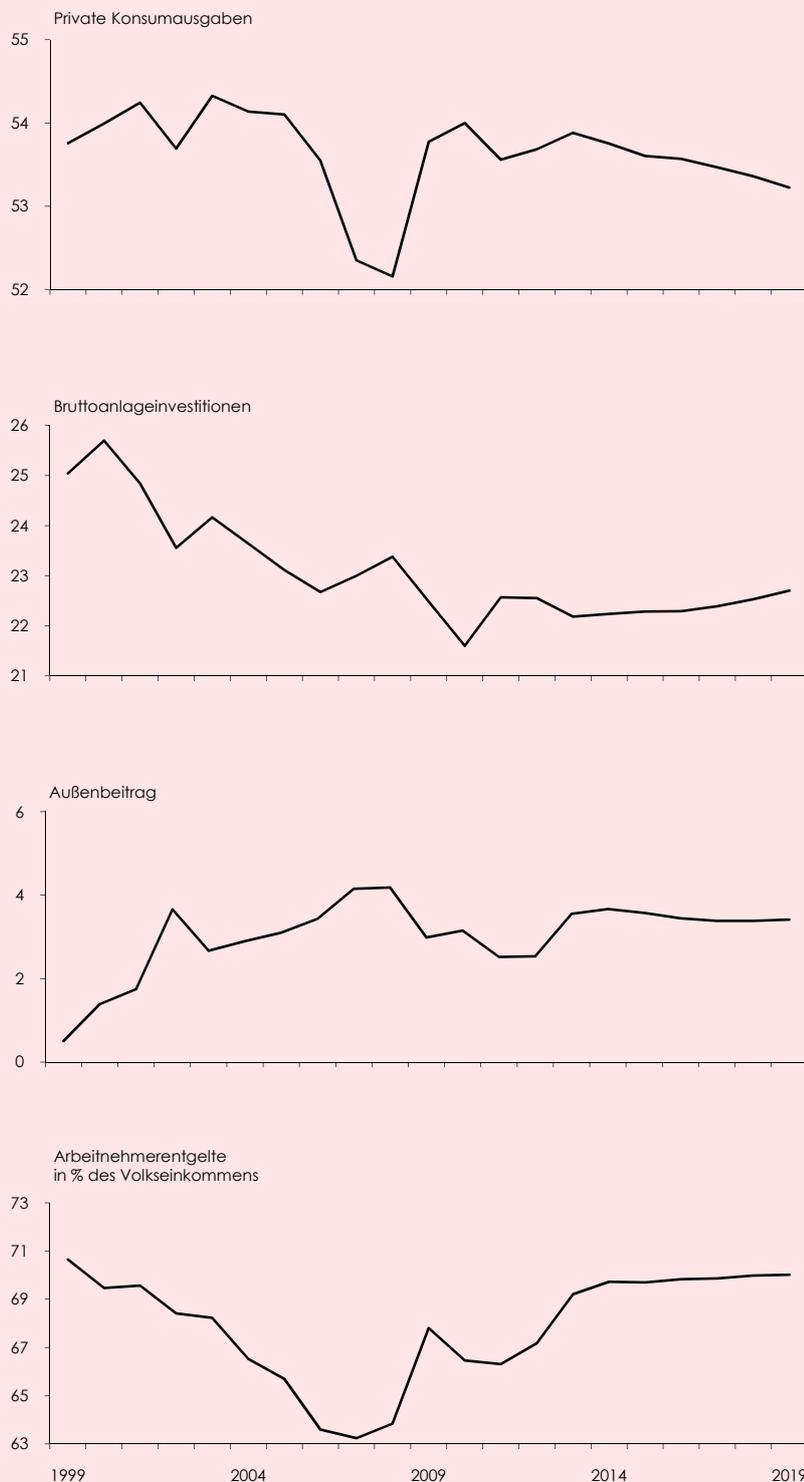
Trotz der Belebung des Welt-handels nehmen die österreichischen Exporte durchschnittlich um nur 3,2% pro Jahr zu. In der Folge expandiert die heimische Wirtschaft um 1¼% p. a. Die Wachstumsrate des realen Trend-Outputs wird in der Prognoseperiode 1,3% nicht überschreiten. Ausgehend von -1,3% im Jahr 2015 wird sich die Outputlücke bis zum Ende des Prognosezeitraumes schließen.

¹⁾ Das WIFO-Macromod wurde aufgrund der Umstellung auf den Datenstand der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) gemäß ESVG 2010 im Herbst 2014 neu geschätzt. Die Modellstruktur ist annähernd dieselbe wie in Baumgartner – Breuss – Kaniovski (2005) dargestellt. Die Schätzungen liefern qualitativ ähnliche Parameter, die Ergebnisse unterscheiden sich numerisch aber durch die gemäß ESVG 2010 etwas abweichende Definition einiger Aggregate (z. B. Investitionen – Forschung und Entwicklung, militärische Waffensysteme, Abgrenzung des öffentlichen Sektors, Exporte und Importe i. w. S.; Statistik Austria, 2013, 2014) und durch den unterschiedlichen Beobachtungszeitraum, da VGR-Daten gemäß ESVG 2010 lediglich für den Zeitraum 1995/2013 verfügbar sind.

Dieser dürfte im Prognosezeitraum mit 3,4% des BIP um etwa ¼ Prozentpunkt höher sein als in der Fünfjahresperiode 2010/2014.

Abbildung 2: Nachfrage und Einkommen

In % des BIP, nominell



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Die Ausrüstungsinvestitionen werden trotz günstiger Finanzierungsbedingungen aufgrund schwacher Absatzerwartungen im In- und Ausland weiterhin nur mäßig aus-

geweitet (+2,1% p. a., 2010/2014 +1,2% p. a.). Im Gegensatz dazu sollten das Bevölkerungswachstum (2015/2019 kumuliert rund +3%), der Anstieg der Zahl privater Haushalte (kumuliert etwa +4½%) sowie das hohe Niveau der Immobilienpreise die privaten Wohnbauinvestitionen etwas stützen. Dem steht ein durch den Konsolidierungsdruck der öffentlichen Haushalte getrübt mittelfristiger Ausblick für den Tiefbau gegenüber. Die gesamte Bautätigkeit entwickelt sich daher nur mäßig (2015/2019 +1¼% p. a.).

Übersicht 3: Komponenten der realen Nachfrage

	Ø 2004/ 2009	Ø 2009/ 2014	Ø 2014/ 2019	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	Jährliche Veränderung in %								
Konsumausgaben									
Private Haushalte ¹⁾	+ 1,3	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,2
Staat	+ 2,6	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,0
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,1	+ 0,9	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,4
Ausrüstungen ²⁾	+ 0,3	+ 1,2	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,3	+ 2,9
Bauten	- 1,7	- 0,3	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,5	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,9
Inländische Verwendung	+ 1,1	+ 0,8	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,6
Exporte	+ 1,3	+ 4,4	+ 3,2	+ 0,5	+ 1,9	+ 2,8	+ 3,4	+ 3,7	+ 4,1
Importe	+ 0,9	+ 3,7	+ 3,2	+ 0,9	+ 2,5	+ 2,8	+ 3,3	+ 3,4	+ 3,7
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,8

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme.

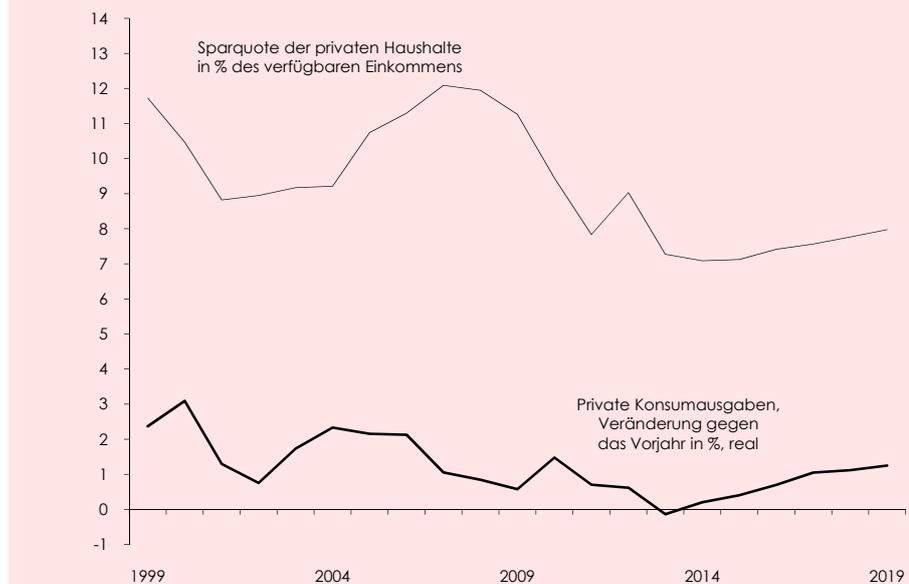
Das verfügbare Realeinkommen der privaten Haushalte wächst im Prognosezeitraum mit +1,1% p. a. um 1½ Prozentpunkte stärker als im Durchschnitt 2010/2014. Getragen wird diese Entwicklung zum einen vom mittelfristig wieder etwas kräftigeren Anstieg der realen Gewinneinkommen, die tendenziell stärker auf den Konjunkturverlauf reagieren und in den Jahren nach der Krise deutlich zurückgegangen sind. Zum anderen dürften die Bruttolohneinkommen nicht mehr schrumpfen (pro Kopf real 2015/2019 +0,1%, 2010/2014 -0,5%), und auch die Selbständigeneinkommen werden sich etwas günstiger entwickeln als im Durchschnitt der letzten fünf Jahre. Insgesamt ergibt sich daraus ein tendenziell positiver Einfluss auf die verfügbaren realen Haushaltseinkommen. Die beschlossene Anhebung der Familienbeihilfe in den Jahren 2016 und 2018 sollte die verfügbaren Einkommen ebenfalls etwas stärken. Die günstigere Kaufkraftentwicklung im Prognosezeitraum resultiert aber in erster Linie aus der Verlangsamung des Preisanstiegs (-0,6 Prozentpunkte gegenüber 2010/2014).

Im Zeitraum 2008/2011 reagierten die privaten Haushalte mit Entsparen auf die realen Einkommensverluste und stabilisierten damit ihre Konsumnachfrage. Die Sparquote sank in diesen Jahren um 4,1 Prozentpunkte von 11,9% 2008 auf 7,8% 2011. In den Folgejahren ging sie weiter leicht zurück (2014: 7,1%). Im Prognosezeitraum besteht zwar aufgrund des weiterhin niedrigen Zinsniveaus wenig Anreiz, die Ersparnisbildung zu erhöhen, der angenommene Anstieg der Sparquote auf 8,0% bis zum Jahr 2019 ist aber im Vorsichtsmotiv angesichts der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt begründet. Die seit dem Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise beobachtete Konsumzurückhaltung der Haushalte hält ob der insgesamt schwachen realen Einkommenszuwächse und der Ausweitung der Ersparnisbildung weiter an. Der private Konsum dürfte 2015/2019 real um 0,9% pro Jahr gesteigert werden.

Nach der Schwächephase 2012/2015 (BIP real +0,5% p. a.) dürfte das Wirtschaftswachstum wieder etwas an Schwung gewinnen. Im Durchschnitt der nächsten fünf Jahre wird ein BIP-Wachstum von 1¼% pro Jahr erwartet (2010/2014 +1,3% p. a.); nominell wird die Wirtschaftsleistung um jährlich 2¼% zunehmen (2010/2014 +2,9% p. a.).

Getragen wird diese Entwicklung zu einem guten Drittel vom Wachstumsbeitrag des privaten Konsums. Die privaten Investitionen tragen knapp ein Viertel bei, die öffentlichen Ausgaben ein Fünftel und die Außenwirtschaft ein Zehntel. Der Beitrag der Exporte zum Wirtschaftswachstum ist damit deutlich kleiner als in der Fünfjahresperiode 2010/2014.

Abbildung 3: Konsumausgaben und Sparquote der privaten Haushalte



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

3. Trend-Output und die Outputlücke

Die österreichische Wirtschaft befindet sich seit dem Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 in einer Periode der konjunkturbedingten Unterauslastung. Der Grad der gesamtwirtschaftlichen Auslastung wird aus dem Vergleich zwischen dem realen BIP und dem Trend-Output ermittelt. Eine Unterauslastung liegt dann vor, wenn das Niveau des realen BIP unter jenem des Trend-Outputs liegt. Dieser Unterschied wird als Outputlücke (relative Abweichung des tatsächlichen Outputs vom Trend-Output) bezeichnet und ist ein Maß der gesamtwirtschaftlichen Auslastung einer Volkswirtschaft. Die Outputlücke wird nach den im Euro-Raum geltenden Fiskalregeln zur Beurteilung des Finanzierungssaldos des Staates herangezogen.

Bis 2018 bleibt die Outputlücke gemäß der WIFO-Schätzung negativ, sie verringert sich von $-1,3\%$ im Jahr 2015 auf $-0,4\%$ 2018. Ab 2019 dürfte sie (leicht) positiv werden. Die nur allmähliche Verringerung der Outputlücke ist Folge einer nur trüben Konjunkturerholung.

Die Berechnung der Europäischen Kommission vom Herbst 2014 (Europäische Kommission, 2014A, Europäische Kommission, CIRCABC) geht von einer etwas kleineren Outputlücke aus. Die Abweichung ergibt sich aus der unterschiedlichen Einschätzung des Wirtschaftswachstums und des Trend-Outputs für Österreich: Für die Jahre 2014 bis 2019 unterstellt die Europäische Kommission ein jährliches reales BIP-Wachstum von $1,5\%$; das WIFO geht von einem Wachstum von $1,3\%$ p. a. aus. Vor allem für die Jahre 2015 und 2016 ist die Europäische Kommission in ihrer Prognose deutlich optimistischer ($+0,7$ bzw. $+0,4$ Prozentpunkte gegenüber der WIFO-Prognose). Da dadurch auch das Trendwachstum in der Prognose der Kommission für die Jahre 2015 und 2016 höher ist als in der WIFO-Prognose, entwickelt sich die Outputlücke im gesamten Prognosezeitraum nach den beiden Prognosen recht ähnlich (Übersicht 4, Abbildung 4). Gemäß WIFO-Prognose ist sie wegen des deutlich geringeren realen BIP-Wachstums um durchschnittlich $0,3$ Prozentpunkte größer als laut Europäischer Kommission.

Gemäß der von der Europäischen Kommission verwendeten Methode wird der Trend-Output als jenes Produktionsniveau definiert, bei dem bei durchschnittlicher Auslastung und durchschnittlicher Effizienz der Inputfaktoren kein zunehmender Lohninflationsdruck entsteht, die Lohnzuwächse also annähernd konstant bleiben.

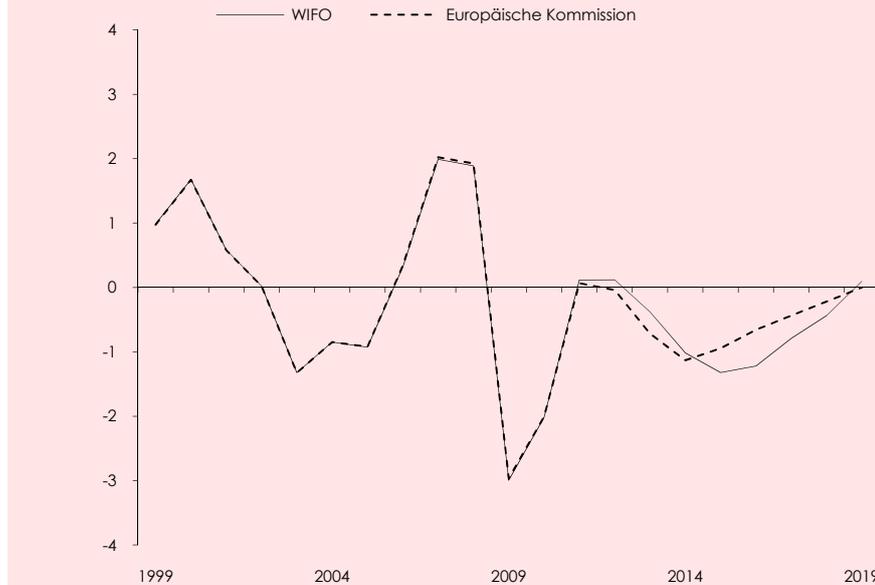
Dieser Zusammenhang wird aus einem neoklassischen Wachstumsmodell bei einem stabilen langfristigen Wachstumspfad abgeleitet. Eine zyklische Überauslastung zeigt sich in diesem Modell in einem Anstieg der Löhne bzw. der Preise von Gütern und Dienstleistungen (das Konzept des Trend-Outputs diskutieren etwa *Horn – Logeay – Tober, 2007*, und *Bilek-Steindl et al., 2013*).

Die Europäische Kommission berechnet den Trend-Output mit einem Produktionsfunktionsansatz. Die normale Auslastung der Inputfaktoren Sachkapital und Arbeit wird sowohl mit statistischen Glättungsverfahren wie dem Hodrick-Prescott-Filter als auch mit strukturellen Modellen (Kalman-Filter) geschätzt. Letztere werden für die Konjunkturbereinigung der gesamten Faktorproduktivität und die Bestimmung der strukturellen Arbeitslosenquote (NAWRU) verwendet. Die gesamte Faktorproduktivität (TFP) misst jenen Teil des Outputniveaus, der durch den Kapital- und Arbeitskräfteeinsatz nicht erklärbar ist (Solow-Residuum). Das Solow-Residuum wird ebenfalls um die konjunkturbedingten Schwankungen der Kapazitätsauslastung bereinigt. Dazu werden strukturelle Modelle mit der Kapazitätsauslastung laut den Umfragen des Business and Consumer Survey der Europäischen Kommission, GD ECFIN, eingesetzt (*Bilek-Steindl et al., 2013, Havik et al., 2014*; den Ansatz der Europäischen Kommission kritisieren u. a. *Klär, 2013, Hers – Suyker, 2014, und Schulmeister, 2014*). Um die Vergleichbarkeit mit den Schätzungen der Europäischen Kommission zu wahren, wendet das WIFO ebenfalls den Produktionsansatz der Kommission auf die WIFO-Prognose an. Die Abweichungen zwischen den Prognosen des Trend-Outputs und der Outputlücke ab dem Jahr 2011 sind auf das unterschiedliche Konjunkturszenario (BIP-Wachstum und Entwicklung der Arbeitslosigkeit; Abbildungen 4 und 6) und unterschiedliche Annahmen zur Entwicklung der geleisteten Arbeitszeit pro Kopf (Abbildung 7) zurückzuführen²⁾. Der Vergleich des Trendwachstums laut WIFO-Schätzung mit den jüngsten Berechnungen der Europäischen Kommission zeigt eine weitgehende Übereinstimmung der Wachstumsbeiträge in der Vergangenheit (Übersicht 4). In den Jahren vor der Krise war das Trendwachstum überwiegend vom TFP-Wachstum und den Investitionen getragen. Der Beitrag der Arbeit (gemessen am Arbeitsvolumen in Stunden) war trotz Beschäftigungsausweitung gering, da gleichzeitig die Teilzeitquote stieg und damit die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit pro Kopf sank.

Infolge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 verflachte das Trendwachstum merklich. Obwohl 2009/10 die Investitionen ebenfalls stark zurückgingen, war die Kapitalbildung in den Jahren nach dem Ausbruch der Krise der wichtigste Bestimmungsfaktor für das Trendwachstum. Die WIFO-Prognose unterstellt, dass künftig die Produktivitätssteigerung wieder der wichtigere Wachstumsmotor wird. Vom Arbeitsmarkt sind kaum Impulse zu erwarten, da die Arbeitslosigkeit über den gesamten Prognosehorizont hoch (siehe Kapitel 4) und der rückläufige Trend der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit je Beschäftigungsverhältnis (zwar etwas abgeschwächt) bestehen bleiben dürfte. Insgesamt geht das WIFO für den Prognosezeitraum von einem Trendwachstum von 1,1% p. a. aus. Die Europäische Kommission weist in ihrer aktuellen Schätzung eine Zunahme des Trend-Outputs von 1,2% p. a. aus. Dieser Unterschied zwischen den beiden Prognosen ist hauptsächlich in der optimistischeren Einschätzung der Europäischen Kommission über die künftige Entwicklung des Arbeitsvolumens begründet: Die Europäische Kommission nimmt an, dass die Arbeitslosigkeit bis 2019 deutlich sinkt (Abbildung 6) und sich der Rückgang der geleisteten Arbeitszeit merklich verlangsamt. Nach Einschätzung des WIFO (wie auch der Europäischen Kommission) wird sich das Trendwachstum zwar mittelfristig erholen, das durchschnittliche Vorkrisenwachstum wird aber auch 10 Jahre nach dem Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise nicht erreicht werden (Übersicht 4).

²⁾ Die beobachteten Werte für das Bruttoinlandsprodukt und die Arbeitslosigkeit sind bis einschließlich 2013 in den Prognosen des WIFO und der Europäischen Kommission gleich und basieren auf Daten von Statistik Austria. Die Prognosen für die Jahre 2014 bis 2019 unterscheiden sich naturgemäß. Da zur Schätzung des Trend-Outputs und der NAWRU (non accelerating wage rate of unemployment) Glättungsverfahren verwendet werden, in die auch Prognosewerte eingehen, unterscheiden sich die geschätzten Werte für den Trend-Output, die Outputlücke und die NAWRU sowie die geglättete geleistete Arbeitszeit bereits ab dem Jahr 2010.

Abbildung 4: Outputlücke, real, in % des Trend-Outputs



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen.

Übersicht 4: Beitrag der Inputfaktoren zum Wachstum des Trend-Outputs

	Ø 2005/ 2009	Ø 2010/ 2014	Ø 2015/ 2019	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	Prozentpunkte								
<i>WIFO-Schätzung</i>									
Bruttoinlandsprodukt, real									
Jährliche Veränderung in %	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,8
Trendwachstum	+ 1,8	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,3
Arbeit	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3
Kapital	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5
Gesamte Faktorproduktivität	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5
<i>Schätzung der Europäischen Kommission</i>									
Bruttoinlandsprodukt, real									
Jährliche Veränderung in %	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,5	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,6
Trendwachstum	+ 1,8	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,4
Arbeit	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4
Kapital	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5
Gesamte Faktorproduktivität	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5

Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen.

4. Weitere Verschärfung der Arbeitsmarktsituation

Das erwartete reale BIP-Wachstum von durchschnittlich 1¼% p. a. wird in der Periode 2015/2019 eine Ausweitung der unselbständigen aktiven Beschäftigung um durchschnittlich 0,8% pro Jahr ermöglichen. Da das Angebot an in- und ausländischen Arbeitskräften etwas stärker zunimmt, wird die Arbeitslosigkeit weiter steigen. Der Beschäftigungszuwachs entfällt primär auf den privaten Sektor, während aufgrund der Budgetkonsolidierungsmaßnahmen mit einem nur leichten Anstieg der Zahl öffentlich Bediensteter gerechnet wird (kumuliert 2015/2019 +1.100 Personen).

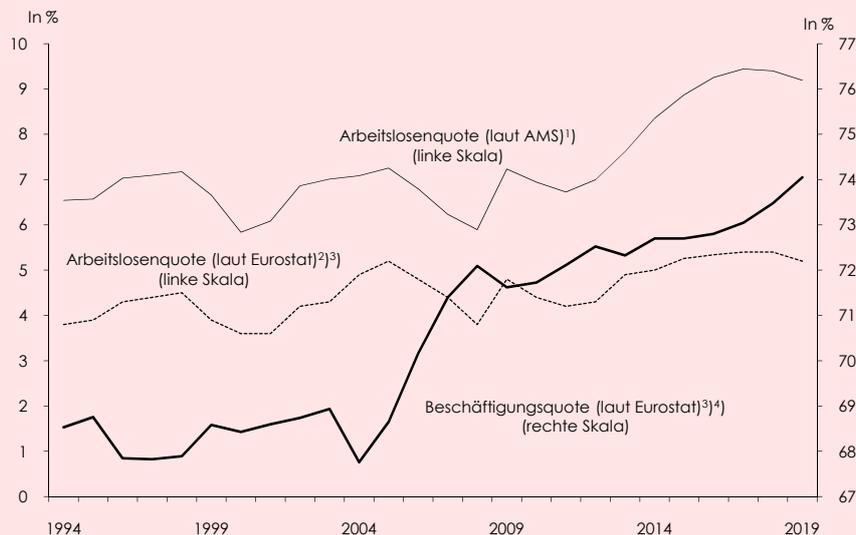
Der Anstieg des Arbeitskräfteangebotes (+0,9% p. a. bzw. +34.500 pro Jahr) resultiert in den kommenden Jahren vor allem aus einer Zunahme der Zahl ausländischer Beschäftigter (2015/2019 durchschnittlich +23.000 Personen pro Jahr), der anhaltenden Ausweitung der Frauenerwerbsbeteiligung und der mit 1. Jänner 2014 eingeführten Einschränkung des Zuganges zur Früh- bzw. Invaliditätspension. Betrug der Neuzugang zur vorzeitigen Alterspension im Jahr 2013 noch gut 38.000 Personen, so wird im

Prognosezeitraum mit einem jährlichen Neuzugang von rund 29.600 Personen gerechnet, bei gleichzeitig steigender Bevölkerungszahl in der für die vorzeitige Alterspension relevanten Altersgruppe³⁾.

Die Zahl ausländischer Beschäftigter entwickelte sich 2014 weiterhin sehr dynamisch. Im Jahresdurchschnitt 2014 erhöhte sich der Bestand um 31.970 auf 588.722. Dieser Zuwachs kommt seit der Gewährung der vollen Freizügigkeit 2011 in erster Linie aus den neuen EU-Ländern, wenngleich sich die Bedeutung der Herkunftsregionen 2014 verschob: 2014 ging die Hälfte des Anstieges auf Beschäftigte aus jenen Ländern zurück, die der EU 2004 beigetreten waren (+15.191), wobei Ungarn (+7.216) nach wie vor das wichtigste Senderland war; 2013 hatte dieser Anteil noch fast zwei Drittel betragen⁴⁾. Mit dem uneingeschränkten Arbeitsmarktzugang für rumänische und bulgarische Arbeitskräfte (EU-Beitritt 2007) seit 1. Jänner 2014 erhöhte sich auch die Zahl der Beschäftigten aus diesen Ländern deutlich. Arbeitskräfte aus Rumänien und Bulgarien trugen 2014 gut ein Drittel des Anstieges der Ausländerbeschäftigung bei (+10.998, davon +8.528 aus Rumänien), wobei der Zustrom an Beschäftigten aus diesen beiden Ländern in den ersten Monaten nach der Arbeitsmarktöffnung stetig zunahm und sich seit August 2014 auf monatlich rund +13.000 stabilisierte. Parallel dazu ließ der Zustrom an Arbeitskräften aus den EU-Beitrittsländern des Jahres 2004 nach.

Die Arbeitslosenquote (laut AMS-Definition) wird bis 2018 auf 9,4% steigen und danach nur langsam zurückgehen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen dürfte 2018 372.000 betragen.

Abbildung 5: Entwicklung des Arbeitsmarktes



Q: AMS, Eurostat, WIFO-Berechnungen. – 1) In % der unselbständigen Erwerbspersonen. – 2) In % der Erwerbspersonen. – 3) Laut Labour Force Survey. – 4) Erwerbstätige in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre).

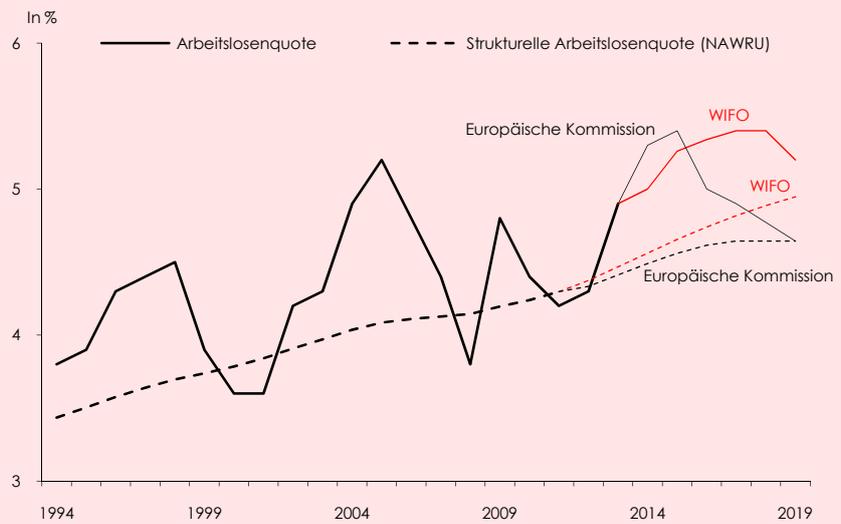
Mittelfristig dürfte der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte etwas nachlassen (2014 +32.000 Personen, 2019 +24.000 Personen). Die Konjunkturbelebung in den ostmitteleuropäischen Nachbarländern dürfte ebenfalls dämpfend auf die Arbeitsmigration wirken.

³⁾ Als für die vorzeitige Alterspension relevante Altersgruppe werden Frauen zwischen 50 und 59 Jahren und Männer zwischen 55 und 64 Jahren definiert. Diese Altersgruppe dürfte gemäß der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose von Statistik Austria vom November 2014 im Jahr 2015 um 6% und im Jahr 2019 um 16% größer sein als 2013 (dem Jahr vor der Verschärfung der Zugangsbedingungen zur vorzeitigen Alterspension). Der Anteil der Personen mit vorzeitiger Alterspension an der oben definierten Altersgruppe wird von 3,5% im Jahr 2013 auf 2,3% im Jahr 2019 zurückgehen.

⁴⁾ Am 1. Mai 2004 traten die folgenden zehn Länder der Europäischen Union bei: Tschechien, Estland, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, Slowenien und Slowakei. Nach dem Ablauf der Übergangsfrist erhielten mit 1. Mai 2011 alle Arbeitskräfte aus diesen Ländern den vollen Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt.

Abbildung 6: Arbeitslosenquote (laut Eurostat) und strukturelle Arbeitslosenquote (NAWRU)

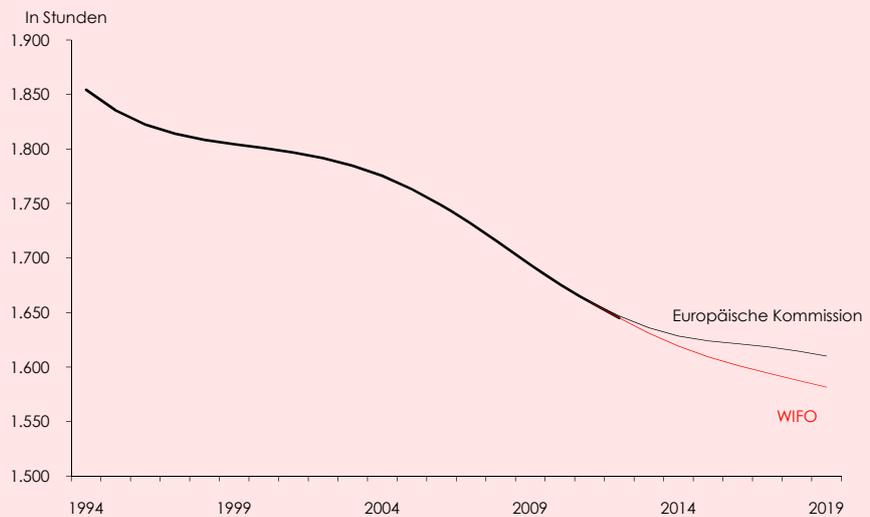
In % der Erwerbspersonen



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 7: Arbeitszeit pro Kopf

In Stunden



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen.

Das Wachstum der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter verläuft aus demographischen Gründen mittelfristig flach (+0,3% p. a.); die demographische Schere zwischen Aktiven und Personen im Ruhestand wird sich mit dem beginnenden Ausscheiden der ersten geburtenstärkeren Jahrgänge (Anfang bis Mitte der 1950er-Jahre) weiter öffnen⁵⁾.

⁵⁾ Ständen im Jahr 2013 noch einer Person im Ruhestandsalter (Frauen ab 60 und Männer ab 65 Jahren) 2,2 aktiv Beschäftigte (unselbständig aktiv Beschäftigte und Selbständige) gegenüber, so dürfte dieses Verhältnis im Jahr 2019 1 : 2,0 Personen betragen.

Übersicht 5: Arbeitsmarkt, Einkommen

	Ø 2005/ 2009	Ø 2010/ 2014	Ø 2015/ 2019	2014	2015	2016	2017	2018	2019
					In %				
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ¹⁾	4,6	4,6	5,3	5,0	5,3	5,3	5,4	5,4	5,2
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ²⁾	6,7	7,3	9,2	8,4	8,9	9,3	9,4	9,4	9,2
	Ø 2004/ 2009	Ø 2009/ 2014	Ø 2014/ 2019	2014	2015	2016	2017	2018	2019
					Jährliche Veränderung in %				
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ³⁾	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,4
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,2
Selbständige ⁵⁾	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0
Arbeitslose	+ 1,3	+ 4,2	+ 2,8	+11,1	+ 7,2	+ 5,3	+ 2,9	+ 0,4	- 1,4
Produktivität ⁶⁾	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	- 0,7	- 0,1	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5
Lohn- und Gehaltssumme ⁷⁾	+ 4,0	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,7	+ 3,1	+ 3,4
Pro Kopf, real ⁸⁾	+ 0,7	- 0,5	+ 0,1	- 0,1	± 0,0	± 0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2
Lohnstückkosten, Gesamtwirtschaft	+ 2,4	+ 1,7	+ 1,4	+ 2,7	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,4

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ²⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice. – ³⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ⁴⁾ Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdienler. – ⁵⁾ Laut WIFO, einschließlich mithelfender Familienangehöriger. – ⁶⁾ BIP real pro Kopf (unselbständige Beschäftigungsverhältnisse und Selbständige laut VGR). – ⁷⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – ⁸⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI.

Die Zahl der Arbeitslosen wird bis zum Jahr 2018 auf 372.000 steigen (+53.000 gegenüber 2014; +159.900 gegenüber dem Vorkrisenjahr 2008), sodass sich eine Arbeitslosenquote von 9,4% der unselbständigen Erwerbspersonen (AMS-Definition) bzw. 5,4% der Erwerbspersonen (Eurostat-Definition) ergibt. Bis zum Ende des Prognosezeitraumes könnte die Arbeitslosenquote konjunkturbedingt auf 9,2% zurückgehen.

5. Geringer Preisauftrieb

Die Preisentwicklung war in den letzten Jahren erheblich durch Schwankungen der internationalen Notierungen für Rohöl, Nahrungsmittel und agrarische Rohstoffe geprägt. Die Prognose unterstellt, dass der Rohölpreis von knapp 100 \$ je Barrel im Jahr 2014 (Dezember 2014: 62,5 \$) nur mäßig auf 105 \$ im Jahr 2019 anzieht und der Euro gegenüber dem Dollar leicht abwertet (Durchschnitt 2014: 1,33 \$, Dezember 1,23 \$; Durchschnitt 2019: 1,18 \$; -2¼% p. a.). Für die Weltmarktpreise von Industriewaren (auf Dollarbasis) wird ein Anstieg um lediglich 0,8% p. a. angenommen.

Übersicht 6: Preise

	Ø 2004/2009	Ø 2009/2014	Ø 2014/2019	2014	2015	2016	2017	2018	2019
					Jährliche Veränderung in %				
Verbraucherpreise	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,8
Implizite Preisindizes									
Privater Konsum	+ 1,9	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,8
Exporte	+ 1,2	+ 1,8	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,0	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,5
Importe	+ 1,5	+ 2,4	+ 1,3	- 0,3	- 0,5	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,9
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,5

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Neben den Energie- und Rohstoffnotierungen beeinflussen die Entwicklung der Lohnkosten und die Änderung von indirekten Steuern und Gebühren die Preisentwicklung. 2015 wirken die Verbrauchsteuererhöhungen vom März 2014 noch etwas nach. In den Jahren 2015 bis 2017 wird die Tabaksteuer voraussichtlich neuerlich angehoben. Dies dürfte in diesem Zeitraum die Inflationsrate jährlich um rund 0,1 Prozentpunkt erhöhen.

2015/2019 werden die Pro-Kopf-Nominallöhne um 1,7% p. a. steigen. Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten, die wichtigste Determinante des inländischen Kostendruckes, wachsen um 1,4% p. a. Die Bruttoreallöhne pro Kopf dürften im Prognosezeitraum stagnieren (+0,1% p. a.). Damit bleibt die Entwicklung der Reallöhne hinter jener der Arbeitsproduktivität zurück; bis zum Jahr 2019 dürfte dieses Differential auf 0,3 Prozentpunkte steigen. In diesem Umfeld sollte der Preisauftrieb verhalten bleiben. Für die Periode 2015/2019 wird mit einem Preisanstieg von durchschnittlich 1,5% laut BIP-Deflator und 1,6% laut Verbraucherpreisindex gerechnet.

6. Konsolidierungserfordernisse auf Grundlage der Europäischen Fiskalregeln unter schwierigen Rahmenbedingungen nicht erfüllt

Die Entwicklung des Staatshaushaltes wird in den Jahren 2015 bis 2019 einerseits von einer allmählichen Konjunkturbelebung und andererseits von den Verpflichtungen im neuen fiskalischen Regelwerk der EU (*Fiskalrat*, 2014A, 2014B) zur Verbesserung der Budgetsalden und zur Senkung der Staatsschuldenquote getrieben.

Für das Jahr 2014 erwartet das WIFO aufgrund der Konjunkturschwäche einen Maastricht-Saldo von -3,0% des BIP, nach -1,5% im Jahr 2013. Er enthält Einmaleffekte von netto 4 Mrd. € (defizitwirksame Bankenhilfen 4,3 Mrd. €, Einnahmen aus dem Steuerabkommen mit Liechtenstein 0,3 Mrd. €). In den Folgejahren wird sich der Maastricht-Saldo auf -2,4% (2015) und -1,9% (2016) verbessern. Am Ende des Prognosezeitraumes 2019 wird ein gesamtstaatlicher Saldo nach Maastricht-Definition von -0,5% des BIP erwartet.

Die Staatsausgabenquote dürfte 2014 bei 52,6% des BIP gelegen sein und bis 2019 nur langsam auf 51,1% des BIP zurückgehen. Das nominelle Ausgabenwachstum erreicht im Durchschnitt der Jahre 2015/2019 2,2%, gegenüber einem Anstieg von 2,3% p. a. für die Jahre 2010/2014. Diese Prognose nimmt eine allgemeine Dämpfung der Ausgabendynamik für Pensionen, Förderungen, Verwaltung und Gesundheit durch den seit 2011 verfolgten Konsolidierungskurs an. Allerdings sind viele geplante Einsparungsmaßnahmen noch unpräzise formuliert und können deshalb nur mit hoher Unsicherheit quantifiziert werden. Insbesondere erscheinen die kostendämpfenden Effekte des Planes zur Verringerung der Gesundheitsausgaben noch ungewiss. Darüber hinaus wird die ausgabenseitige Konsolidierung von verschiedenen ausgabenseitigen "Offensivmaßnahmen" wie dem Familienpaket 2014 oder der Ausweitung der Mittel für Universitäten und Fachhochschulen sowie voraussichtlich der Breitband-Initiative flankiert, die das längerfristige Wachstums- und Beschäftigungspotential stärken sollen. Einige dieser Maßnahmen, wie der Ausbau der vorschulischen Kinderbetreuung und der Nachmittagsbetreuung und die Aufstockung der Familienbeihilfe, verursachen jedoch dauerhafte Mehrausgaben. Die steigende und bis 2019 hohe Arbeitslosigkeit übt ebenfalls Druck auf die Staatsausgaben aus. Aus der noch nicht abschließend geklärten Neuregelung der Anerkennung von Vordienstzeiten für öffentlich Bedienstete ergeben sich ausgabenseitig zusätzliche budgetäre Risiken.

Die Einnahmen werden 2015/2019 im Jahresdurchschnitt nominell um 3,2% wachsen; die Staatseinnahmenquote wird dadurch von 49,6% des BIP (2014) erstmals seit 2001 auf über 50% des BIP steigen und bis 2019 (50,7% des BIP) über dieser Marke verharren. Insbesondere die Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer entwickeln sich wegen des progressiven Tarifverlaufes weiterhin sehr dynamisch, sofern die hohe Aufkommensdynamik in Zukunft anhält. Auch die Sozialbeiträge dürften überdurchschnittlich steigen. Daneben werden 2015/16 weitere einnahmenseitige Maßnahmen wirksam (insbesondere die Erhöhung der Tabaksteuer; 2015 wirkt auch die Anhebung der Normverbrauchsabgabe und der motorbezogenen Versicherungssteuer etwas nach). Geringer dürften aufgrund der Konsumschwäche die Einnahmen aus der Umsatzsteuer und aus anderen indirekten Steuern wachsen. Größere Unsicherheit besteht überdies hinsichtlich der Entwicklung der Körperschaftsteuereinnahmen.

Eine von der Politik angekündigte Einkommensteuerreform ist in der Prognose ebenso wenig berücksichtigt wie etwaige Einnahmen aus einer in den EU-Ländern koor-

diniert eingeführten Finanztransaktionssteuer. Auf der Ausgabenseite gingen die vereinbarte Dämpfung der Gesundheitsausgaben und mäßige Kürzungen der Ermessensausgaben in die Prognose mit ein. Mögliche mittel- bis langfristige Einsparungen durch ausstehende Strukturreformen – vor allem die Neudefinition der föderalistischen Aufgabenverteilung, die verbesserte Abstimmung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden im Gesundheitswesen, in Bezug auf Förderungen und Bildung sowie eine Finanzausgleichsreform – sind in der Prognose nicht berücksichtigt.

Nachdem das Verfahren wegen übermäßigen Defizits gegen Österreich 2014 eingestellt wurde, gelten ab 2014 die Fiskalregeln des präventiven Arms des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP). Danach soll insbesondere der strukturelle Budgetsaldo jährlich um mindestens 0,5% des BIP verbessert werden, solange die Staatsschuldenquote über 60% des BIP liegt und das mittelfristige Budgetziel (MTO) eines strukturellen Saldos von höchstens –0,45% des BIP nicht erreicht ist. Im April 2014 sah das österreichische Stabilitätsprogramm die Erreichung des MTO bis 2016 vor, auch in der Budgetvorschau vom Oktober 2014 wird für 2015 ein struktureller Saldo von –1% des BIP prognostiziert. Ferner ist der jährliche reale Anstieg der Staatsausgaben auf die mittelfristige Wachstumsrate des Potential-Outputs zu begrenzen, sofern keine kompensierende Verbesserung auf der Einnahmenseite erfolgt. Ab 2017 gilt zudem die "Zwanzigstel-Regel" zur Senkung der Staatsschulden. Im Zeitraum 2014/2016 muss Österreich eine Verbesserung des strukturellen Saldos von jeweils mindestens 0,1% des BIP erreichen.

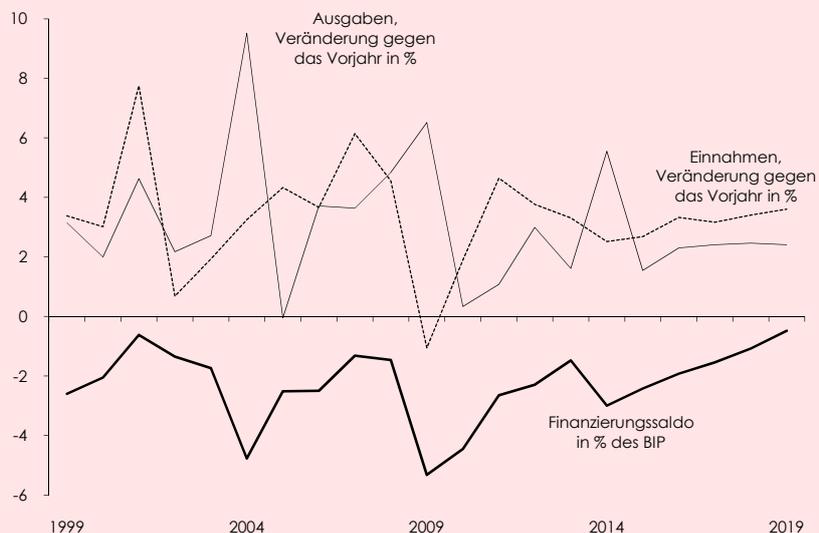
Der strukturelle Budgetsaldo wird nach den Prognosen des WIFO erheblich langsamer verringert als im fiskalischen Regelwerk der EU vorgesehen. Er wird auch 2019 noch rund –0,5% des BIP betragen. Der von der Bundesregierung angestrebte Ausgleich des strukturellen Budgetsaldos bis 2016 dürfte auf Basis der unterstellten ein- und ausgabenseitigen Maßnahmen und des Konjunkturszenarios nicht realisiert werden können. Während für 2015 eine Verschlechterung des strukturellen Saldos von –1,2% (2014) auf –1,4% des BIP erwartet wird, fällt auch in den Folgejahren die Senkung des strukturellen Saldos verhalten aus. Die im präventiven Arm des SWP eingegangene Verpflichtung, den strukturellen Budgetsaldo jährlich um 0,5% des BIP zu verringern, wird 2016 und 2017 ebenfalls nicht erreicht. Für die Berechnung der strukturellen Salden wurden Nettoeinnahmeeffekte von 4 Mrd. € (2014), 1 Mrd. € (2015) und 0,4 Mrd. € (2016) angenommen.

Mit dem Inkrafttreten des revidierten ESVG 2010 im Herbst 2014 wurden zahlreiche institutionelle Einheiten neu zum Sektor Staat klassifiziert, darunter ÖBB-Infrastruktur und Personenverkehr, KA Finanz AG, Bundesimmobiliengesellschaft BIG, Wiener Linien, Krankenanstalten und verschiedene Holdings zur Verwaltung von Staatsvermögen. Während die daraus resultierenden Effekte für die Berechnung der Haushaltssalden quantitativ nicht sehr ins Gewicht fallen, ergeben sich aus der Umklassifizierung beträchtliche Wirkungen für den Ausweis des staatlichen Bruttoschuldenstandes. Im Vergleich mit der Berechnung nach ESVG 1995 fällt der Schuldenstand 2013 um 28,7 Mrd. € höher aus (81,2% statt 74,5% des BIP). Das WIFO schätzt den Staatsschuldenstand Ende 2014 auf 86,9% des BIP. Der Anstieg ist erheblich auf die Übernahme der Hypo-Alpe-Adria-Verpflichtungen in Höhe von 17,8 Mrd. € zurückzuführen. Bis 2019 wird eine Verringerung des Schuldenstandes auf 80,0% des BIP erwartet. Die Prognose der stock-flow adjustments, also möglicher Schuldentilgungen aus Verkaufs- oder Privatisierungserlösen, die laut Maastricht-Definition nicht defizitwirksam sind (z. B. durch die Heta Asset Resolution AG als Hypo-Alpe-Adria-Abbaugesellschaft), ist freilich sehr unsicher.

Die mittelfristige Budgetprognose birgt weitere Unsicherheiten. Insbesondere ist offen, ob die angekündigten Konsolidierungsmaßnahmen Einsparungen im erwarteten Umfang erzielen. Das gilt vor allem für die gesetzten Maßnahmen mit dem Ziel einer Anhebung des tatsächlichen Pensionsantrittsalters und sowie zur Anhebung der Beschäftigungsquote der Älteren. Weiterreichende Strukturreformen in anderen Bereichen (Föderalismus, Finanzausgleich, Gesundheitssystem, Pflege, Bildung, Förderungen) könnten mittelfristig den Staatshaushalt entlasten, sind bislang jedoch nicht hinreichend präzisiert. Auch sind die Budgeteffekte der Bankenhilfen und der Vordienstzeitenanerkennung für öffentlich Bedienstete derzeit noch nicht vollständig abseh-

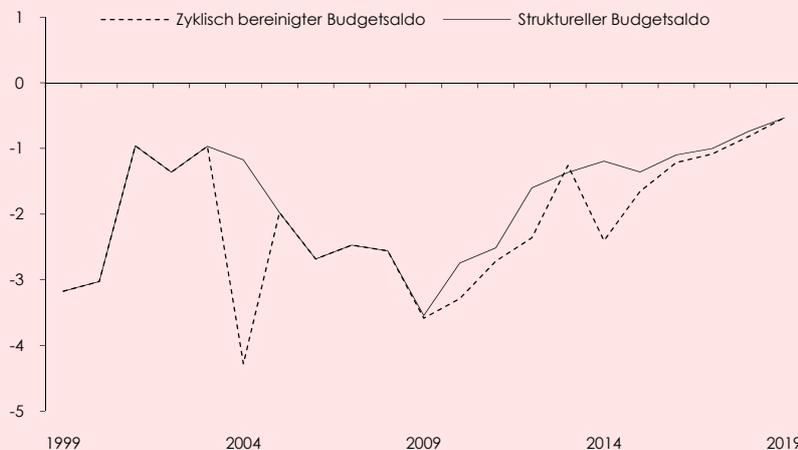
bar. Offen sind zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung ferner der Umfang und die Gegenfinanzierung einer etwaigen Steuerreform.

Abbildung 8: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 9: Zyklisch bereinigter und struktureller Budgetsaldo In % des BIP



Q: WIFO-Berechnungen.

7. Risiken der mittelfristigen Konjunkturprognose

Die künftige Wirtschaftsentwicklung in der EU insgesamt und im Euro-Raum ist nach wie vor mit großen Unwägbarkeiten behaftet. Ein möglicher Austritt von Großbritannien aus der EU oder Griechenland aus der Währungsunion könnte eine weitere Vertrauenskrise auslösen. Die geopolitischen Entwicklungen (Konflikt zwischen Russland und der Ukraine) bergen weitere Risiken für Europas Außenhandel und insbesondere für die Energieversorgung, die tendenziell negativ auf die europäische Konjunktur wirken können.

Übersicht 7: Staat

	Ø 2004/ 2009	Ø 2009/ 2014	Ø 2014/ 2019	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	Jährliche Veränderung in %								
Laufende Einnahmen	+ 3,5	+ 3,2	+ 3,2	+ 2,5	+ 2,7	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,6
Laufende Ausgaben	+ 3,7	+ 2,3	+ 2,2	+ 5,6	+ 1,5	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,4
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 3,5	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,9	+ 3,0	+ 3,3
	Ø 2005/ 2009	Ø 2010/ 2014	Ø 2015/ 2019	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	In % des BIP								
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 2,6	- 2,8	- 1,5	- 3,0	- 2,4	- 1,9	- 1,5	- 1,1	- 0,5
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo	- 2,7	- 2,4	- 1,1	- 2,4	- 1,7	- 1,2	- 1,1	- 0,8	- 0,5
Struktureller Budgetsaldo	-	- 1,9	- 0,9	- 1,2	- 1,4	- 1,1	- 1,0	- 0,7	- 0,5
Staatsschuld	69,7	82,9	84,2	86,9	87,1	86,2	84,8	82,7	80,0

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Das Problem der wechselseitigen Abhängigkeit von Finanzintermediären und öffentlichen Gebietskörperschaften wurde auch durch die Europäische Bankenunion noch nicht gelöst. Lösungen, die die Kosten etwaiger Finanzmarktkrisen für die öffentliche Hand verringern, sind weiterhin nicht garantiert. Die ordnungspolitische Konstitution des Euro-Raumes bleibt daher auch mittelfristig fragil, die Anfälligkeit für externe Schocks hoch und damit die Unsicherheit des Prognoseumfeldes beträchtlich.

Andererseits bringen ein über einen längeren Zeitraum niedriger Rohölpreis und eine stärkere Abwertung des Euro ein potentiell günstigeres Umfeld mit sich, das sich positiv auf die Konjunktur im Euro-Raum und in Österreich auswirken könnte. Eine Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit könnte eine Zunahme der Auslandsnachfrage auslösen, und durch einen Rückgang der Energiekosten könnten zusätzliche Mittel für Investitionen und Konsumausgaben zur Verfügung stehen. Weiters würde niedriger Rohölpreis den Preisauftrieb in den Jahren 2015 und 2016 deutlich dämpfen und so zu einer Realeinkommensteigerung beitragen.

Die Europäische Investitionsinitiative (Juncker-Plan; *Europäische Kommission*, 2014B) ist ein positives Signal, aber insgesamt zu klein (da sie kaum eine Ausweitung der öffentlichen Mittel vorsieht), um die Konjunktur in Europa wieder in Gang zu setzen. Hauptproblem ist in der EU die weiterhin hohe Verschuldung des privaten Sektors. Dieses Problem wurde bisher aber nur halbherzig angegangen, um die fragilen Großbanken in einigen großen EU-Ländern (Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien) nicht zusätzlich zu belasten. Andererseits wird der Fokus auf die öffentliche Verschuldung gelegt (Fiskalregeln), die den öffentlichen Sektor hemmt, eine aktivere Rolle einzunehmen. Unter diesen Bedingungen wird sich die europäische Wirtschaft nur sehr langsam erholen können; damit fehlen wichtige Impulse für die Nachfrage nach in Österreich hergestellten Gütern und Dienstleistungen.

Eine Reform der Lohn- und Einkommensteuer mit einer Entlastung der privaten Haushalte enthält weiteres Potential zur Steigerung der verfügbaren Einkommen und damit zur Ausweitung der Konsumnachfrage und zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums. Eine wachstumspolitisch sinnvolle strukturelle Gegenfinanzierung wäre etwa durch die Streichung von Ausnahmen im Umsatz- oder Einkommensteuerrecht, durch eine grundlegende Föderalismus- und Finanzausgleichsreform oder durch den Abbau unnötiger Bürokratie und fragwürdiger Förderungen möglich. So könnte die nachfragegestärkende Wirkung der Steuerreform durch Strukturreformen sogar noch unterstützt werden. Die Unsicherheit über die Art der Gegenfinanzierung dieser Entlastung lässt eine Einschätzung der makroökonomischen Auswirkungen mit den vorliegenden Informationen nicht zu.

8. Literaturhinweise

- Baumgartner, J., Breuss, F., Kaniovski, S., "WIFO-Macromod – An Econometric Model of the Austrian Economy", in OeNB (Hrsg.), "Macroeconomic Models and Forecasts for Austria", Proceedings of OeNB Workshops, 2005, (5), S. 61-86.
- Bilek-Steindl, S., Glocker, Ch., Kaniovski, S., Url, Th., "Outputlücke und strukturelles Defizit für Österreich. Kritische Analyse der Methode der Europäischen Kommission", WIFO-Monatsberichte, 2013, 86(9), S. 737-751, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/46945>.
- Breuss, F., "Effects of Austria's EU Membership", Austrian Economic Quarterly, 2013, 18(2), S. 103-114, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/46896>.
- Europäische Kommission (2014A), "European Economic Forecast Autumn 2014", European Economy, 2014, (7).
- Europäische Kommission (2014B), Eine Investitionsoffensive für Europa, Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank, COM(2014) 903 final, Brüssel, 2014, <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52014DC0903&from=DE>.
- Europäische Kommission, CIRCABC, https://circabc.europa.eu/faces/jsp/extension/wai/navigation/container.jsp?FormPrincipal: idcl=FormPrincipal: id3&FormPrincipal_SUBMIT=1&id=e4113eb7-4058-4dc3-8a6c-6083c0de4a23&javax.faces.ViewState=r00ABXVvABNbTGphdmEubGFuZy5PYmplY3Q7kM5Ynx8zKWwCAAB4cAAAAAN0AAE1cHQAKy9qc3AvZXh0ZW5zaW9uL3dhaS9uYXZpZ2F0aW9uL2NvbnRhaW5ici5qc3A (Navigation: Kategorie durchsuchen/Economic and Financial Affairs/Output gaps/Bibliothek/2014-II AUTUMN forecast/Results).
- Fiskalrat (2014A), Bericht über die Einhaltung der Fiskalregeln 2013-2018, Wien, 2014.
- Fiskalrat (2014B), Bericht über die öffentlichen Finanzen 2013, Wien, 2014.
- Glocker, Ch., "Leichte, aber unsichere Erholung. Prognose für 2014 bis 2016", WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(1), S. 3-15, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/50919>.
- Havik, K., Mc Morrow, K., Orlandi, F., Planas, C., Raciborski, R., Röger, W., Rossi, A., Thum-Thysen, A., Vandermeulen, V., "The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates & Output Gaps", European Economy, Economic Papers, 2014, (535).
- Hers, J., Suyker, W., "Structural budget balance: a love at first sight turned sour", CBP Policy Brief, 2014, (07).
- Horn, G., Logeay, C., Tober, S., "Estimating Germany's potential output", IMK Working Paper, 2007, (02-2007).
- Klär, E., "Potential Economic Variables and Actual Economic Policies in Europe", Intereconomics, 2013, (1), S. 33-40.
- Schiman, St., "Verschuldungs- und Entschuldungsprozesse prägen die weltweiten Konjunkturaussichten. Mittelfristige Prognose der Weltwirtschaft bis 2019", WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(1), S. 39-50, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/50922>.
- Schulmeister, St., "Der Fiskalpakt – Hauptkomponente einer Systemkrise", WIFO Working Papers, 2014, (480), <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/47515>.
- Statistik Austria, Workshop zum ESGV 2010 am 2. Dezember 2013, http://www.statistik.at/web_de/ueber_uns/veranstaltungen/workshop_esgv_2010/index.html.
- Statistik Austria, Workshop zum ESGV 2010 am 10. Oktober 2014, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/volkswirtschaftliche_gesamtrechnungen/esgv_2010/index.html.